

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur (15. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Stephan Kühn (Dresden), Cem Özdemir, Oliver Krischer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 19/14093 –**

### **Klimapaket neu auflegen – Verkehrswende für eine klimafreundliche Mobilität einleiten**

#### **A. Problem**

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, in dem sie die Auffassung vertreten, dass die Bundesregierung mit ihrem Klimapaket eine historische Chance verspielt habe. Vor allem der Verkehrsbereich erweise sich seit Jahren als klimapolitisches Sorgenkind. Die klimaschädlichen Treibhausemissionen seien heute noch genauso hoch wie 1990, obwohl sie gemäß der deutschen Klimaziele bis 2030 um mindestens 40 % hätten sinken müssen. Nach dem Willen der Antragsteller soll der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern, eine wirksame CO<sub>2</sub>-Bepreisung für fossile Kraft- und Brennstoffe mit einem steigenden Preis von anfangs 40 Euro pro Tonne CO<sub>2</sub> einzuführen; auch im ländlichen Raum flächendeckend eine bezahlbare zuverlässige und nachhaltige Mobilität und insbesondere Alternativen zum Autobesitz sicherzustellen; Investitionen in die Infrastruktur für umweltfreundliche Verkehrsträger deutlich zu erhöhen; den sogenannten „Finanzierungskreislauf Straße“ aufzulösen und durch das Prinzip „Verkehr finanziert Verkehrswende“ zu ersetzen; die Attraktivität und Wettbewerbsposition des Schienenverkehrs auch gegenüber dem Luftverkehr zu stärken; den Markthochlauf der Elektromobilität sicherzustellen; den Klimaschutz im Güterverkehr voranzutreiben; für eine höhere Verkehrseffizienz und mehr Verkehrsvermeidung zu sorgen; den Klimaschutz im Flug- und Schiffsverkehr zu stärken und das Straßenverkehrsrecht stärker in den Dienst aller Verkehrsteilnehmenden zu stellen.

#### **B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.**

**C. Alternativen**

Annahme des Antrags.

**D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

### **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 19/14093 abzulehnen.

Berlin, den 6. November 2019

### **Der Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur**

**Cem Özdemir**  
Vorsitzender

**Arno Klare**  
Berichtersteller

## Bericht des Abgeordneten Arno Klare

### I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/14093** in seiner 118. Sitzung am 17. Oktober 2019 beraten und an den Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur zur federführenden Beratung sowie an den Finanzausschuss, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit und an den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, in dem sie die Auffassung vertreten, dass die Bundesregierung mit ihrem Klimapaket eine historische Chance verspielt habe. Vor allem der Verkehrsbereich erweise sich seit Jahren als klimapolitisches Sorgenkind. Die klimaschädlichen Treibhausemissionen seien heute noch genauso hoch wie 1990, obwohl sie gemäß der deutschen Klimaziele bis 2030 um mindestens 40 % hätten sinken müssen. Nach dem Willen der Antragsteller soll der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern, eine wirksame CO<sub>2</sub>-Bepreisung für fossile Kraft- und Brennstoffe mit einem steigenden Preis von anfangs 40 Euro pro Tonne CO<sub>2</sub> einzuführen; auch im ländlichen Raum flächendeckend eine bezahlbare zuverlässige und nachhaltige Mobilität und insbesondere Alternativen zum Autobesitz sicherzustellen; Investitionen in die Infrastruktur für umweltfreundliche Verkehrsträger deutlich zu erhöhen; den sogenannten „Finanzierungskreislauf Straße“ aufzulösen und durch das Prinzip „Verkehr finanziert Verkehrswende“ zu ersetzen; die Attraktivität und Wettbewerbsposition des Schienenverkehrs auch gegenüber dem Luftverkehr zu stärken; den Markthochlauf der Elektromobilität sicherzustellen; den Klimaschutz im Güterverkehr voranzutreiben; für eine höhere Verkehrseffizienz und mehr Verkehrsvermeidung zu sorgen; den Klimaschutz im Flug- und Schiffsverkehr zu stärken und das Straßenverkehrsrecht stärker in den Dienst aller Verkehrsteilnehmenden zu stellen.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 19/14093 in seiner 59. Sitzung am 6. November 2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/14093.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit** hat den Antrag auf Drucksache 19/14093 in seiner 50. Sitzung am 6. November 2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/14093.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 19/14093 in seiner 47. Sitzung am 6. November 2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/14093.

#### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur hat den Antrag auf Drucksache 19/14093 in seiner 55. Sitzung am 6. November beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** führte aus, in der Tat seien effiziente Maßnahmen erforderlich, wenn man die Sektorenziele im Verkehrsbereich bis 2030 im Hinblick auf die CO<sub>2</sub> Reduzierung erreichen wolle. Allerdings fordere der Antrag Maßnahmen, die überwiegend bereits auf den Weg gebracht seien. So werde die Mehrwertsteuersenkung auf 7 % im Bahnverkehr umgesetzt; auch die Erhöhung der Luftverkehrssteuer und die Elektrifizierung der Schiene seien bereits Gegenstand von Regelungsvorhaben. Auch in Bezug auf die Verbesserung der Ladesäuleninfrastruktur könne man aktuell feststellen, dass bereits wichtige Schritte in die richtige Richtung unternommen würden. Für die praktische Umsetzung der Maßnahmen brauche man allerdings auch geeignete Partner.

Die **Fraktion der SPD** unterstrich, der Antrag enthalte viele vernünftige Punkte, aber die Umsetzung vieler Forderungen sei bereits in Angriff genommen. Bei der Höhe der CO<sub>2</sub>-Bepreisung sei davon auszugehen, dass diese sich mit der Zeit erhöhe, wie man beispielsweise im Nachbarland Schweiz sehen könne. Zur Forderung der Auflösung des „Finanzierungskreislaufs Straße“ sei zu bedenken, dass es sich bei der Maut um eine Gebühr handle und nicht um eine Steuer. Deswegen müssten die Wegekosten, die man als Maut einnehme auch den Wegen wieder zugutekommen. Das sei bei allen Gebühren so. Die Forderung einer Verdoppelung der Luftverkehrssteuer teile sie nicht. Im Hinblick auf die geforderten Regelungen zur E-Mobilität und im Personenbeförderungsgesetz seien entsprechende Vorhaben in Arbeit.

Die **Fraktion der AfD** erklärte, offensichtlich wollten die Antragsteller die PKW-Nutzung so massiv verteuern, dass ein Auto mit Verbrennungsmotor nur noch von Gutverdienenden genutzt werden könnte. Die Anstrengungen in Deutschland zur CO<sub>2</sub>-Reduktion seien für das Klima in der Welt völlig irrelevant. Zudem gebe es durchaus Berechnungen, wonach der ÖPNV in vielen Fällen gar kein CO<sub>2</sub> spare. In Konsequenz des Antrags würden die wichtigsten deutschen Industrien „an die Wand gefahren“ und Millionen von Bürgern in ländlichen Gebieten von der Mobilität, und damit auch vom Arbeitsplatz, abgeschnitten. Ein Ausbau des ÖPNV sei in absehbarer Zeit weder finanzierbar noch realisierbar. Das Auto bleibe für den Großteil der Bevölkerung das wichtigste Transportmittel. Angesichts des aktuellen Strommixes mit einem hohen Anteil Kohlestrom seien Elektrofahrzeuge in der Klimabilanz auch nicht günstiger als moderne Verbrennungsmotoren.

Die **Fraktion der FDP** führte aus, selbstverständlich habe Deutschland eine Verantwortung für den Klimaschutz und die Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes. Es könne aber keine Rede davon sein, dass die Bundesregierung hier erfolgreich unterwegs sei. Auch auf der Schiene laufe bislang wenig, weshalb der Antrag zutreffend die verstärkte Elektrifizierung und den Ausbau des ÖPNV fordere. Andere Forderungen des Antrags würden dem Klima allerdings nicht helfen. Bei den Flugpreisen gebe es ein funktionierendes System des Emissionshandels. Eine Steuererhöhung führe nur dazu, dass die deutschen Flüge von anderen Flügen verdrängt, aber nicht durch Bahnreisen ersetzt würden. Eine weitere Verteuierung der Mobilität sei abzulehnen, da diese eine wichtige Ausprägung der persönlichen Freiheit sei.

Die **Fraktion DIE LINKE**. erklärte, das Klimaschutzprogramm beinhalte positive Ansätze; viele Aspekte würden aber bei weitem nicht ausreichend berücksichtigt. So gebe es beim Ausbau der Ladeinfrastruktur Fortschritte, die jedoch nicht ausreichen und es mangle auch an einem Plan für das weitere Vorgehen. Es würden nicht genügend Ausgaben für eine Verkehrswende vorgesehen. Außerdem gebe es immer noch eine Überfinanzierung der Straße gegenüber anderen Verkehrsträgern und unsinnige Subventionierungen oder Steuererleichterungen. Auch wenn sie die CO<sub>2</sub>-Besteuerung in der vorgeschlagenen Form aus sozialen Gründen ablehne und auch Anreize beim Autokauf kritisch sehe, da dadurch weiterer Verkehr generiert werde, stimme sie dem Antrag insgesamt zu.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** führte aus, die von der Bundesregierung vorgesehene CO<sub>2</sub>-Bepreisung mit zehn Euro pro Tonne sei wirkungslos. Die Auswirkungen auf die Kraftstoffpreise an den Zapfsäulen ließen sich kaum feststellen, wenn man die auch sonst üblichen Schwankungsbreiten im Laufe des Tages berücksichtige. Man wolle eine schrittweise Anhebung, brauche aber einen angemessenen Einstiegspreis. Die geltende Bevorzugung von Diesel gegenüber Benzin lasse sich überhaupt nicht begründen. Ebenso wenig sei es nachvoll-

ziehbar, warum eine Kerosinbesteuerung nicht erfolge. Sie betonte, dass auch für den ländlichen Bereich Angebote gemacht werden sollen. Dazu gehörten beispielsweise die Reaktivierung von Bahnstrecken und stärkere Anstrengungen beim Thema Radverkehr.

Der **Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/14093.

Berlin, den 6. November 2019

**Arno Klare**  
Berichtersteller



